I. Beschluss

Stadtplanungsausschuss

Sitzungsdatum 09.02.2012

öffentlich

Betreff:

Satzung Nr. 56 zur Aufhebung der planungsrechtlichen Festsetzungen in einem Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 4249 zwischen Holzschuhstraße, Rothenburger Straße, Fuggerstraße und Wohlgemutstraße
Prüfung der Stellungnahme

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig
 angenommen/beschlossen, mit : Stimmen
 abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

Der Stadtplanungsausschuss prüft und beschließt die zum Entwurf der Satzung Nr. 56 vorgebrachten Stellungnahmen mit folgendem Ergebnis:

Die vorgebrachten Stellungnahmen gemäß den Schreiben vom 14.11.2011, 11.02.2010 und 12.11.2010 können nicht berücksichtigt werden.

Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen des westlich angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 4569 vorgebrachten Stellungnahmen vom 11.02.2010 und 12.11.2010 richten sich größtenteils gegen die in diesem Bebauungsplan vorgenommenen Festsetzungen, die im Widerspruch zu den Nutzungsvorstellungen des im Geltungsbereich gelegenen Anwesens Rosenplütstraße 1 gesehen wurden. Der Stadtplanungsausschuss hat in seinen Sitzungen am 30.09.2010 und 24.02.2011 über diese Stellungnahmen in Abwägung der unterschiedlichen öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander Beschluss gefasst. Der Bebauungsplan trat mit Veröffentlichung im Amtsblatt Nr. 6 vom 23.03.2011 in Kraft.

Mit der Satzung Nr. 56 sollen die planungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 4249 im Teilbereich zwischen Holzschuhstraße, Rothenburger Straße, Fuggerstraße und Wohlgemutstraße aufgehoben werden, da die gewerbliche Nutzung in diesem Areal vor längerer Zeit aufgegeben wurde und nun durch eine nachbarschaftsverträgliche mischgebietstypische und gewerbliche Bebauung ersetzt werden soll. Die Beurteilung von Bauvorhaben innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs der Satzung Nr. 56 soll nach Inkrafttreten auf der Grundlage des § 34 Baugesetzbuch erfolgen. Die Bestandssicherung der vorhandenen Nutzungen auf den unmittelbar angrenzenden Bereichen ist hierbei zu berücksichtigen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich diese städtebauliche Neuordnung positiv auf die weitere Entwicklung auswirken wird.

Ein Bezug der Schreiben vom 11.02.2010 und 12.11.2010 zum Verfahren der Satzung Nr. 56 lässt sich nur schwer herstellen, da eine eindeutige Darlegung der Gründe, die gegen die vorgesehene Aufhebung der bestehenden Festsetzungen sprechen, nicht vorliegt.

Negative Auswirkungen dieser künftigen baulichen Entwicklung auf das bestehende Anwesen Rosenplütstraße 1, das ca. 120 m nordwestlich vom Planungsbereich entfernt liegt und durch die 4- und 5- geschossige nördliche Blockrandbebauung der Holzschuherstraße keine Sichtbeziehung zum räumlichen Geltungsbereich der Satzung Nr. 56 hat, sind nicht erkennbar.

Die Aufhebung der planungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 4249 im Teilbereich zwischen Holzschuherstraße, Rothenburger Straße, Fuggerstraße und Wolgemutstraße hat - bezogen auf das Anwesen Rosenplütstraße 1 - weder grundstücksrechtlich noch planungsrechtlich nachteilige Auswirkungen; die bestehenden Nutzungsmöglichkeiten gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 4569 werden nicht eingeschränkt und bleiben in vollem Umfang bestehen.

Auch eine zunehmende Lärmbelastung für das Anwesen Rosenplütstraße 1 durch ein steigendes Verkehrsaufkommen kann ausgeschlossen werden, da die Rosenplütstraße und Holzschuherstraße in westlicher Richtung keine Anbindung an weiterführende Straßen herstellt.

Ein Verstoß oder eine Zuwiderhandlung gegen die Art. 15 (Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten), Art. 16 (Unternehmerische Freiheit), Art. 20 (Gleichheit vor dem Gesetz) sowie Art. 23 (Gleichheit von Frauen und Männern) der Grundrechte der Europäischen Union durch die Satzung Nr. 56 kann nicht gesehen werden. Die Satzung Nr. 56 trifft keine Festsetzungen, die diesen gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen, einschränkend wirken oder widersprechen.

Bei Abwägung der unterschiedlichen öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander ist den Zielen der Satzung Nr. 56 der Vorrang einzuräumen.

II. Referat VI/Stpl

III. Abdruck an:

☐ Ref. I/OrgA	☐
☐ Ref. II/Stk	☐
☐	☐

Vorsitzende(r):
gez. i. V. Kayser

Referent(in):
gez. Baumann

Schriftführer(in):
gez. Reuter